



Entwicklungszusammenarbeit an den Herausforderungen des Weltbevölkerungswachstums ausrichten

Thesenpapier der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

vom 27. November 2012

Die Weltbevölkerung wird voraussichtlich bis zum Jahre 2050 von heute sieben Milliarden Menschen auf über neun Milliarden anwachsen. Diese Projektion setzt allerdings eine Fortsetzung des Trends sinkender Geburtenraten in den am wenigsten entwickelten Ländern voraus. Sollte sich dieser Trend nicht fortsetzen, sind Szenarien bis zu 26 Mrd. Menschen zum Ende dieses Jahrhunderts möglich. Die Frage, ob sich die Weltbevölkerung im Jahre 2100 stabilisiert hat oder auf bis zu 26 Mrd. Menschen anwachsen wird, entscheidet sich in den armen Regionen des südlichen Afrikas und Asiens, wo 98% des Bevölkerungswachstums stattfindet. Zwar hat sich das Wachstum - insbesondere in Mittelamerika und Ostasien - in den letzten Jahrzehnten infolge sinkender Fruchtbarkeitsraten verlangsamt. Zur Entwarnung besteht indes kein Grund. Jährlich wächst die Weltbevölkerung immer noch um 80 Millionen Menschen, was in etwa der Bevölkerung Deutschlands entspricht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion befasst sich mit den dadurch entstehenden Problemstellungen in Form von zwei Kongressen. Im Rahmen des ersten Kongresses haben wir am 8. Februar 2012 die komplexen Auswirkungen des Weltbevölkerungswachstums für die Bereiche Arbeitsmarkt/soziale Sicherung, Bildung, Ernährung und Gesundheit thematisiert. In einem Folgekongress werden wir uns am 10. Dezember 2012 mit den Themenbereichen Klima/Umwelt/Biodiversität, Ressourcen, Krisen/Konflikte und Migration/Urbanisierung beschäftigen.

Werden durch das Bevölkerungswachstum Entwicklungsfortschritte aufs Spiel gesetzt?

Das ungebremste Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern droht Entwicklungsfortschritte zunichte zu machen, begrenzte Ressourcen zu überdehnen und die Infrastruktur dieser Länder zu überlasten. So besteht u.a. die Gefahr, dass die Nahrungsmittelproduktion nicht mit dem Bevölkerungswachstum mithalten kann. Steigende Mangel- und Unterernährung können die Folge sein. Durch die Bevölkerungszunahme steigen Emissionen, die zu verstärktem Klimawandel und Umweltzerstörung führen können. Endliche Ressourcen, v.a. mineralische Rohstoffe, werden schneller abgebaut als alternative Ressourcen erschlossen werden können. Gleichzeitig steigt auch der Migrationsdruck. In den Städten leistet das Bevölkerungswachstum der Entstehung von Slums Vorschub. Es überlastet die Infrastrukturen und das Verkehrsnetz und steigert das Potenzial gewalttätiger Konflikte und steigender Kriminalität. Jedes Jahr drängen viele junge Menschen auf die Arbeitsmärkte, für die adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Sind die Regierungen der Entwicklungsländer nicht in der Lage, die durch den Bevölkerungszuwachs entstehenden Probleme in den Griff zu bekommen, drohen Aufstände oder gar der Zusammenbruch von Staaten. Dies kann auch unsere Sicherheit gefährden.

Welche Konsequenzen sollte die Entwicklungspolitik ziehen?

Das Weltbevölkerungswachstum hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die steuerbar sind: Dazu gehört Bildung genauso wie Aufklärung, Familienplanung sowie die gesellschaftliche und ökonomische Stärkung von Mädchen und jungen Frauen. Die deutsche Entwicklungspolitik hat sich über Jahre an den 1994 gefassten Beschlüssen der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung von Kairo orientiert und den Partnerländern insbesondere Kenntnisse zur effektiven Familienplanung vermittelt. Ein erfolgreiches Beispiel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf diesem Gebiet ist Bangladesch, wo es u.a. mit deutscher Hilfe gelang, die Fertilitätsrate von 6,85 Kindern pro Frau (1970) auf 2,7 Kinder pro Frau (2009) zu reduzieren. Gleichzeitig konnte die Kinder- und Müttersterblichkeit signifikant gesenkt werden. Dies wurde durch massive Aufklärungskampagnen, die staatliche Subventionierung von Verhütungsmitteln und die Einbeziehung der Frauen in die Wirtschaft (z. B. durch Mikrokredite) möglich. Die christlich-liberale Koalition hat die Familienplanungsmittel erst jüngst auf jährlich 80 Millionen Euro bis 2015 verdoppelt.

Durch bevölkerungspolitische Maßnahmen allein wird sich das Bevölkerungswachstum jedoch bestenfalls verlangsamen lassen. Dies gilt umso mehr, als dass die hohe Kinderzahl in Entwicklungsländern aufgrund des Fehlens sozialer Sicherungssysteme auch aus wirtschaftlichen Erwägungen (v. a. Alterssicherung) bewusst angestrebt wird. Viel grundsätzlicher stellt sich die Frage, wie das (Über)leben von neun Milliarden Menschen sichergestellt und das Potenzial der größten je vorhandenen Jugendgeneration mobilisiert werden kann. Die Lösung dieser Herausforderung muss zunächst aus humanitären Gesichtspunkten interessieren. Gleichzeitig darf jedoch nicht verkannt werden, dass ein unkontrolliertes Wachstum der Weltbevölkerung auch sicherheits-, wirtschafts-, umwelt- und migrationspolitische Konsequenzen mit sich bringt, welche Rückwirkungen auf die Stabilität und den Wohlstand der Industrieländer haben. Insofern ist eine Entwicklungspolitik, welche auf die oben beschriebenen Problemlagen ausgerichtet ist, nicht zuletzt auch in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse.

Themen wie Bevölkerungswachstum, Ernährung, Zugang zu Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen, Beschäftigung, soziale Sicherung, Klima- und Biodiversitätsschutz, Ressourcensicherheit und internationale Sicherheit sind thematisch eng miteinander verflochten und müssen deshalb in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit betrachtet werden. Den komplexen Zusammenhängen zwischen einer nach wie vor stark wachsenden Weltbevölkerung und

der wirtschaftlichen sowie sozialen Entwicklung unserer Partnerländer muss von Seiten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit noch stärker Beachtung geschenkt werden. Ohne eine Verringerung des Bevölkerungswachstums wird das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele und eine stabile, friedliche Welt eine Utopie bleiben.

- **Ernährungssicherheit:** Im Zentrum aller Bemühungen um Ernährungssicherheit müssen ein verbesserter Zugang zu Nahrungsmitteln, effektivere Anbaumethoden, die Verbesserung von Landmanagement und Landnutzungsplanung, die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität auf bereits landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie die Rückgewinnung degradierter Böden stehen. Zentral sind dabei insbesondere eine standortgerechte Verbesserung des landwirtschaftlichen Managements und die Erhöhung der Ertragspotentiale. Der großen Zahl von Kleinbauern in Entwicklungsländern muss durch Marktzugang, bessere Infrastruktur und gesicherte Nutzungs- oder Eigentumsrechte die Chance zum Unternehmertum ermöglicht werden. Darüber hinaus sind erhöhte Anstrengungen der Agrarforschung unter Einschluss der Biotechnologie sowie der landwirtschaftlichen Ausbildung und Beratung erforderlich.
- **Wirtschaftswachstum / Arbeitsplätze:** Entwicklungsprobleme sind vor allem dort vorprogrammiert, wo das demographische Wachstum das wirtschaftliche Wachstum übersteigt. Nötig ist deshalb auch die Entwicklung intelligenter Strategien, die einerseits Arbeitsplätze - insbesondere für die wachsende jüngere Bevölkerung - hervorbringen und andererseits nachhaltiges Wachstum sicherstellen. Schließlich trägt wirtschaftliches Wachstum mittel- und langfristige dazu bei, den ökonomischen Nutzen von Kindern für Eltern in Entwicklungsländern zu verringern und damit das Bevölkerungswachstum zu begrenzen. Kleinere Familien wiederum können mehr in die Bildung und Gesundheitsversorgung der Kinder investieren. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Erwerbschancen von Frauen zu richten, die insbesondere im Nahen Osten, Nordafrika und Südasien noch deutlich schlechter als die von Männern sind.
- **Bildungschancen:** Fehlende Bildungsangebote und die Diskriminierung von Mädchen beim Zugang zu Bildung tragen zum Weltbevölkerungswachstum bei. Die in Folge des hohen Bevölkerungswachstums entstehende hohe Anzahl junger Menschen benötigt jedoch eine gute Bildung, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu steigern. Dem in Studien belegten signifikanten Zusammenhang zwischen höherer Bildung und der Entwicklungsdynamik gilt es durch verstärkte Investitionen in die Bereiche „höhere Bildung“ und Technologietransfer Rechnung zu tragen. Bildung ist darüber hinaus auch der Schlüssel zur Annahme von Dienstleistungen der Familienplanung. Nur durch Aufklärung können junge Menschen eigenverantwortlich Entscheidungen über den Zeitpunkt der Familiengründung sowie die Abstände zwischen den Geburten treffen.

- **Alterssicherungssysteme:** Ziel einer entwicklungsorientierten Alterssicherung in Entwicklungsländern muss es sein, dass die Kinderzahl einer Familie nicht über die Einkommens- bzw. Alterssicherung der Eltern entscheidet. Dies gilt umso mehr, als dass sich die Zahl der über 60-Jährigen in den Entwicklungsländern bis zur Mitte des Jahrhunderts voraussichtlich vervierfachen wird. Die soziale Absicherung dieser Bevölkerungsgruppen kann zukünftig nicht mehr in ausreichendem Maße über informelle Sicherungssysteme wie Familien oder Dorfgemeinschaften gewährleistet werden. Auch die prekäre Arbeitsmarktsituation in vielen Entwicklungsländern und die damit verbundene Einkommensunsicherheit machen die Bereitstellung von sozialen Sicherungssystemen dringend erforderlich. Insbesondere arme Staaten brauchen deshalb verstärkt Hilfe beim Aufbau von staatlichen Alterssicherungssystemen, welche an die Bedingungen in den Entwicklungsländern angepasst sind.
- **Reproduktive Gesundheit:** Viele Entwicklungsländer mit hohen Geburtenraten haben ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit in den letzten Jahren stark ausgeweitet. Anderen Ländern sind bei dieser Aufgabe aus wirtschaftlichen Gründen enge Grenzen gesetzt. So haben weltweit noch immer 215 Millionen Frauen keinen Zugang zu Dienstleistungen der Familienplanung, obwohl sie verhüten wollen. Diese Länder müssen weiterhin ermutigt werden, Ausgaben für reproduktive Gesundheit und Familienplanung fest in ihre regulären Budgetpläne einzubauen. Generell muss der Trend, Ressourcen (Finanzmittel, Personal) für reproduktive Gesundheit zugunsten von anderen Ausgaben stagnieren zu lassen, aufgehalten und umgekehrt werden.
- **Klima/Umwelt/Biodiversität:** Das Wachstum der Weltbevölkerung verstärkt den Ausstoß von Treibhausgasen in die Atmosphäre und trägt so im zunehmenden Maße zum weltweiten Klimawandel bei. Studien gehen davon aus, dass etwa ein Drittel des CO₂-Anstiegs in den letzten 50 Jahren hierauf zurückgeht. Darüber hinaus werden bestehende Umweltprobleme auch deshalb durch das Wachstum der Weltbevölkerung verstärkt, weil der Bedarf an Ressourcen wie Energieträger, Papier/Baumaterial oder Acker- und Weideland steigt. Durch kontrollierte Abholzung gehen hierdurch pro Jahr ca. 5,2 Millionen Hektar Waldfläche und damit ein wichtiger Kohlenstoffspeicher sowie Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten verloren. Schwindende Waldflächen bedeuten damit auch einen Verlust an Biodiversität. Diesem Druck auf die Ökosysteme muss in Zukunft noch stärker entgegen gewirkt werden. Neben eigenen Anstrengungen der Industrieländer sollte die deutsche Entwicklungspolitik ihre Partnerländer deshalb noch mehr dabei unterstützen, auf klima- und umweltfreundliche Technologien (Erneuerbare Energien und Effizienztechnologien) umzustellen.
- **Ressourcen:** Das weltweite Bevölkerungswachstum hat auch Folgen für die ausreichende Versorgung mit den unterschiedlichen Ressourcenarten: landwirtschaftliche Nutzflächen, Wasser, Agrar- und Energierohstoffe oder knappe Bodenschätze, wie etwa Seltene Erden oder Coltan. Allein in den

letzten 70 Jahren hat sich der globale Wasserverbrauch versechsfacht. Der sichere und ausreichende Zugang zu Ressourcen wird auch die nächsten Jahrzehnte prägen. Entwicklungs- und Schwellenländer brauchen eine ausreichende und sichere Energieversorgung als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Aus diesem Grund bedarf es eines angepassten Transfers von innovativen technologischen Methoden, um auf den anhaltenden und künftig noch zunehmenden Trend einer Ressourcenverknappung reagieren zu können. Nur so kann der Umbau der globalen Energiewirtschaft gelingen. Insbesondere in den Bereichen Erneuerbare Energien sowie Energie- und Ressourceneffizienz kann Deutschland als Hochtechnologieland und internationaler Vorreiter Entwicklungsländern bei der effizienteren Nutzung von Ressourcen und beim Ausbau CO₂-freier Energieformen noch stärker unterstützen.

- **Krisen/Konflikte:** Mit der Verknappung von Ressourcen unmittelbar verbunden ist die zunehmende Gefahr von Konflikten oder gar kriegerischen Auseinandersetzungen um diese. Insbesondere Staaten mit einer sehr jungen Bevölkerung weisen eine höhere Konflikthanfälligkeit auf. Konflikte um Wasser lassen sich vor allem rund um das Jordanbecken, in der Region um Euphrat und Tigris sowie entlang der Flüsse Nil und Indus beobachten. Um eine Eskalation dieser Konflikte zu verhindern, werden in Zukunft Krisenprävention sowie friedensschaffende und friedenserhaltende Maßnahmen eine umso höhere Priorität erhalten müssen. Deutschland kann sein internationales Renommee dafür einsetzen, konflikthanfällige Staaten dabei zu beraten, durch zwischenstaatliche Verträge die Nutzung und Verteilung knapper Ressourcen partnerschaftlich zu regeln, um auf diese Weise das Konfliktpotential zu mildern.
- **Migration/Urbanisierung:** Die im Zuge einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung erfolgende Migration weiter Teile der Landbevölkerung in die Städte führt zu einer Herausbildung von immer mehr und größeren Megastädten. Daraus resultieren komplexere und schärfer werdende Problemlagen wie mangelnder Wohnraum, Slumbildung, fehlende Verkehrsinfrastruktur, schwierige Versorgung mit Nahrungsmitteln und sauberem Trinkwasser, Abwasserentsorgung, Umweltschäden und eine prekäre Sicherheitslage. Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge existieren heute 22 Megastädte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern. Bis zum Jahre 2015 wird diese Zahl aller Voraussicht nach auf 26 anwachsen. Neu ist jedoch nicht nur dieser Trend zur „Mega-Urbanisierung“, sondern auch die Dynamik, mit der sich die Prozesse der Verstädterung in jüngster Zeit vollziehen: Leben heute ca. 3,5 Milliarden Menschen in Großstädten, gehen Schätzungen davon aus, dass es im Jahre 2050 bereits über sieben Milliarden Menschen sein werden. Dabei wird der überwiegende Anteil der erwarteten Urbanisierung in den Metropolen der Entwicklungs- und Schwellenländer stattfinden. Die beschriebenen Entwicklungen machen verstärkte Anstrengungen und Investitionen nötig,

um den steigenden Bedarf an Siedlungsräumen zu decken und ernsthafte wirtschaftliche und soziale Spannungen abzufedern. Dabei kann die deutsche Entwicklungspolitik Partnerregierungen bei der Erarbeitung von Anpassungsstrategien und -programmen unterstützen. Neben Anpassungsmaßnahmen in bereits existierenden Megastädten sind jedoch auch präventiv Schritte einer nachhaltigen und klimafreundlichen Stadtentwicklung nötig, um Problemlagen in zukünftigen Megastädten verhindern zu können. Schließlich sollte auch durch eine nachhaltige Förderung des ländlichen Raumes dem Trend der Verstädterung entgegengewirkt werden.

Die beschriebenen Dimensionen des Weltbevölkerungswachstums zeigen die enormen Herausforderungen, vor denen die internationale Gemeinschaft steht. Um ihnen erfolgreich zu begegnen, bedarf es eines sofortigen Handelns und Umsteuerns. Dies schließt ein weiteres Zurückdrängen der weltweiten Fertilitätsraten durch Maßnahmen der Familienplanung genauso ein, wie Hilfen für Anpassungsprozesse in den am stärksten betroffenen Entwicklungsländern. Die Herausforderungen des Weltbevölkerungswachstums müssen als Querschnittsaufgabe sowohl der deutschen und internationalen Entwicklungspolitik als auch für die vom Bevölkerungswachstum betroffenen Ländern selbst erkannt und implementiert werden. Schließlich sollten sich die komplexen Problemlagen des Weltbevölkerungswachstums als einem der globalen Megatrends auch auf internationaler Ebene im Rahmen des post-MDG-Prozesses (MDG=Millenniumentwicklungsziele) widerspiegeln. Auch hierzu möchte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihren Beitrag leisten.

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin